

Bezugsbedingungen und Anzeigensätze  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: S.W. 66, Cindencstraße 3  
Telefon: Dönhoff 202 - 203  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin S.W. 66, Cindencstraße 3  
Telefon: Dönhoff 2506-2507

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Das Zentrum lehnt ab.

Wenigstens das „vorgesehene“ Kabinett Luther. — Aber es wird weiter verhandelt.

Nach einer vierstündigen Beratung hat die Zentrumsfraktion des Reichstages am Sonntag gegen 9 1/2 Uhr abends einen einstimmigen Beschluß gefaßt, der eine Beteiligung an der geplanten Regierung Luther ablehnt. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Die den Vertretern der Zentrumsfraktion am 11. Januar in den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Luther übermittelten Erklärungen ermöglichen es der Zentrumsfraktion nicht, sich an dem vorgesehene Kabinett zu beteiligen.“

Aus dem Wortlaut dieses Beschlusses ergibt sich zunächst, daß eine grundsätzliche Bereitschaft des Zentrums zur aktiven Mitarbeit an einer Regierung Luther wenigstens bestanden hat. Diese Bereitschaft wandelte sich jedoch in einstimmige Ablehnung, nachdem Luthers Erklärungen bekannt geworden waren. Diese „Erklärungen“ befaßten sich in erster Linie mit der Außenpolitik und der Besetzung bestimmter Ministerien. Sie suchten in starkem Maße eine Annäherung an die Deutschnationalen und lassen den Wunsch erkennen, diese aktiv an dem Kabinett Luther zu beteiligen. Das würde ein ausgesprochenes Rechtskabinett bedeuten. Die Zentrumsfraktion lehnt aber die Mitarbeit an einem ausgesprochenen Rechtskabinett nach wie vor ab. Das soll der Sinn des Sonntagbeschlusses sein. Dagegen ist die Fraktion unter Umständen bereit, sich an einer Regierung der Mitte auch unter Führung von Dr. Luther zu beteiligen.

Luther will heute auf der Grundlage des Zentrumsbeschlusses keine informativischen Besprechungen über die Regierungsbildung fortsetzen.

Bevor die Zentrumsfraktion am Sonntag ihren entscheidenden Beschluß faßte, hatten die Abgeordneten Fehrenbach, Joos und Stegerwald mit Dr. Luther verhandelt. Sie legten ihm u. a. die Frage vor, wie die Deutschnationalen zur Verfassung und zum Reichspräsidenten stehen. Auf diese Frage hat Luther im Namen der Deutschnationalen eine Erklärung abgegeben, die vom Zentrum als ungenügend betrachtet wird. Abgesehen davon haben die Unterhändler des Zentrums erklärt, daß auch eine Neutralität gegenüber einem Kabinett Luther mit Deutschnationalen nur möglich ist, wenn alle politischen Voraussetzungen im Sinne der bisherigen Politik klar erfüllt sind.

Dr. Luther selbst beabsichtigt, dem Zentrum im Eventualfall zwei Ministerien und zwar neben dem Reichsarbeitsministerium das Innenministerium zu überlassen. Die Deutschnationalen sollen drei Sitze erhalten, darunter das Finanzministerium mit Hergt. Für die Bayerische Volkspartei ist ebenfalls ein Sitz vorgesehen, während die Volkspartei zwei Mitglieder stellen soll, unter denen sich natürlich der unentbehrliche Stresemann befindet. Aber selbst wenn das Zentrum sich mit den grundsätzlichen Fragen im Sinne des Herrn Luther abfinden würde, dann wäre eine Regierung Luther immer noch keine Wirklichkeit; denn der Macht hunger der Deutschnationalen ist zu groß, als daß er sich im Reich mit drei Ministerposten ohne Beteiligung an der Regierung in Preußen abfinden ließe. Wert legen die Deutschnationalen vor allem auf Preußen. Ihre Antrigen im Reich sind nur Geplänkel, um ihren Sturm auf Preußen zu verdecken. Dort wollen sie das Zentrum mürbe machen. Deshalb die Verleumdungskampagne im ganzen Reich gegen die Parteien der Weimarer Koalition, deshalb die Angriffe auf einzelne Zentrumsabgeordnete und Minister, deshalb die Reproduktion gestochener Aktenstücke — alles, um das Zentrum in Preußen auf den Weg der Volkspartei zu drängen. Aber ob das Zentrum auch einen Stresemann ausbringt, bleibt immer noch fraglich.

Die Zentrumsfraktion dürfte trotz der Zermürbungstaktik nicht ohne weiteres völksparteiliche Sprünge machen können. Selbst Leute wie Borck und Herold sind der Auffassung, daß eine Beteiligung an einer Rechtsregierung unmöglich ist. Schließlich aber sprechen auch eine Reihe persönlicher Gründe für diese Haltung. Es ist schon eine starke Zuneigung, daß das Zentrum heute unter Luther sich an einer Rechtsregierung beteiligen sollte, nachdem sein „angesehener und vertrauenswürdigster Führer“ in vollster Übereinstimmung mit seiner Fraktion selbst die Bildung einer ähnlichen Regierung abgelehnt hat? In der Tat spielte dieser Gedanke in der Sonntagssitzung der Zentrumsfraktion eine wichtige Rolle.

Ein Nachrichtenbureau weiß über die Verhandlungen über die Regierungsbildung noch zu berichten: Die Verhandlungen über die Kabinettsbildung wurden den ganzen Sonntag über fortgesetzt, ohne indes zu einem Resultat zu führen. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hätte am Sonntag Besprechungen mit verschiedenen Parteiführern, insbesondere mit dem Zentrumsmitglied Fehrenbach, dem er die Bedingungen der Deutschnationalen übermittelte. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, soll bei dieser Unterredung der Reichsfinanzminister zum Ausdruck gebracht haben, daß die deutschnationalen Fraktion entsprechend ihrer Stärke mit vier Sitzen im Kabinett rechnen. Noch bevor das Zentrum seinen ablehnenden Beschluß gefaßt hatte, war der im Reichstag versammelte Vorstand der

Deutschnationalen Reichstagsfraktion auseinandergegangen; ebenso hatte der im Reichstag den ganzen Tag über anwesende Dr. Luther bereits das Haus verlassen, so daß von vornherein mit einem Abschluß der Kabinettsbildung am Sonntag abend nicht mehr zu rechnen war. Durch den Beschluß des Zentrums ist nun wiederum eine neue Situation geschaffen.

Da der Beschluß des Zentrums ausdrücklich sagt, daß es der Zentrumsfraktion nicht möglich sei, sich an dem „vorgesehenen“ Kabinett zu beteiligen, so wäre sehr wohl denkbar, daß Finanzminister Dr. Luther andere Vorschläge zu machen hätte, die dem Zentrum annehmbar erscheinen könnten.

Der Vorstand der deutschnationalen Reichstagsfraktion hatte sich am Sonntagnachmittag bereits mit der Personenfrage beschäftigt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hätten die Deutschnationalen gegen die Besetzung des Innenministeriums mit dem Abg. Wallraf nichts einzuwenden gehabt. Auf das Finanzministerium, für das der Abg. Hergt genannt wurde, dürften die Deutschnationalen dagegen keinen entscheidenden Wert legen.

Im Reichstoge versammelte sich heute 10 Uhr vormittags der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages und entsandte als Unterhändler zu Dr. Luther, der ebenfalls frühzeitig im Reichstagsgebäude erschienen war, die Abgeordneten Fehrenbach, Stegerwald, Herold und Joos. Die Verhandlungen dauern zur Mittagsstunde noch an. Die Fraktionsitzung des Zentrums, die über etwaige formulierte Vorschläge die Entscheidung zu treffen hat, ist für 4 Uhr nachmittags einberufen. Andere Fraktionen halten heute keine Sitzungen ab.

Wie die U. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, verhandelt Reichsfinanzminister Dr. Luther um die Mittagsstunde mit den Vertretern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Bei den Verhandlungen Dr. Luthers mit dem Zentrum am Vormittag gaben die Zentrumsexponenten ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß im gegenwärtigen Augenblick ein Kabinett mit fraktioneller Bindung nicht möglich sei. Es komme nur ein sogenanntes überparteiliches Übergangskabinett in Frage.

## Was wird in Preußen?

Die preußische Regierung wird am Dienstag in einer Kabinettsitzung die Formulierung der am Mittwoch vor dem Landtag abzugebenden Erklärung vornehmen. Diese Erklärung dürfte inhaltlich und teilweise auch im Wortlaut kaum abweichen von dem Programm, das der Ministerpräsident Braun anlässlich der Bildung der Großen Koalition in Preußen vor dem Parlament entwickelte.

Die Volkspartei wird infolgedessen kaum in der Lage sein, einem positiven Mißtrauensvotum zuzustimmen. Diese Auffassung wird auch von einem Teil ihrer Anhänger vertreten. Sie hat deshalb einen Antrag eingebracht, der auf eine Mißtrauenserklärung verzichtet, aber feststellt, daß die Regierung die verfassungsmäßige Grundlage nicht besitzt. Neben der Volkspartei werden nur die Deutschnationalen und Böhlschen für diesen Antrag stimmen, während sich die Wirtschaftspartei der Stimme zu enthalten gedenkt und die beiden Polen gegen den völksparteilichen Antrag stimmen wollen. Die Kommunisten haben inzwischen einen positiven Mißtrauensantrag eingebracht, der die „Governing-Regierung“ allerlei böser Taten beschuldigt und für den weder die Volkspartei noch die Deutschnationalen stimmen können. Selbst wenn sie sich dieser Blamage hingeben würden, dürfte ein Sturz der Regierung Braun nicht möglich werden.

## Sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt am Dienstagvormittag um 11 Uhr zur Erörterung der politischen Lage zusammen; um 2 Uhr nachmittags wird eine Fraktionsitzung folgen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Die Regierung des freistaates Bayern hat dem Bayerischen Landtag den Entwurf eines Mantelgesetzes samt einem Konkordat mit der katholischen Kirche und Verträgen mit den evangelischen Kirchen vorgelegt. Diese, dem Bayerischen Landtag zur Genehmigung vorgelegten Verträge verlegen in mehrfacher Hinsicht die Reichsverfassung. Ist der Reichsregierung diese Tatsache bekannt? Was gedenkt sie zum Schutz der Reichsverfassung zu tun?

## Vollsitung des Reichstags.

Mittwoch 4 Uhr.

Die Plenarsitzung des Reichstages ist auf Mittwoch nachmittags 4 Uhr einberufen worden. Auf die Tagesordnung hat der Präsident vorläufige Anträge aus dem Hause gesetzt, darunter einige schließliche Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete, einen Antrag von Rheinbaben (D.V.P.) auf Veränderung der Geschäftsordnung in bezug auf die kleinen Anträge, einen Antrag Schüding (Dem.) auf Wiedereinführung des Untersuchungsausschusses für die Kriegsschuldfrage und einen sozialdemokratischen Antrag in bezug auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Ansetzung der Regierungserklärung bleibt noch vorbehalten.

## Provisorium oder Zollkrieg?

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Die in Paris zwischen den Vertretern der deutschen und der französischen Regierung geführten Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages sind über den toten Punkt, auf dem sie sich am Jahresende festgefahren hatten, nicht hinausgekommen. Von französischer Seite wurde ein Provisorium vorgeschlagen, das die Lücke zwischen dem durch den Versailler Frieden geschaffenen Zustand und der endgültigen Regelung ausfüllen soll. Dieses Provisorium ist von Deutschland abgelehnt worden. In einem Teil der deutschen Presse wird nun verlangt, daß die deutsche Regierung die Verhandlungen abbrechen und es auf einen Zollkrieg mit Frankreich ankommen lassen solle. Diese Forderung wird besonders von jener Presse aufgestellt, die von der Schwerindustrie ausgeht. Man behauptet dort, daß Deutschland einen Zollkrieg mit Frankreich nicht zu fürchten habe, daß dagegen Frankreich darauf drängen müsse, den Zollkrieg mit Zugeständnissen an Deutschland zu beenden. Wir werden gleich sehen, aus welchem Grunde gerade die Schwerindustrie diese Forderung erhebt.

Schon die bisherige Art der Verhandlungen mit Frankreich hat zu einer außerordentlichen Bevorzugung der Schwerindustrie geführt. Man kann sagen, daß der Deutsche Rohstoffverband auf deutscher Seite der bestimmende Faktor gewesen ist, und daß dagegen die Interessen der verarbeitenden Industrie zurückgedrängt, die Interessen der Verbraucher und der Arbeiter überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Während auf französischer Seite fünf Vertreter der Gewerkschaften an den Verhandlungen beteiligt sind, hat man es auf deutscher Seite bisher nicht für notwendig gefunden, die Vertreter der Arbeiterorganisationen zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Es braucht gewiß nicht verschwiegen zu werden, daß auch in Frankreich die Hochschulzöller die Oberhand zu behalten wünschen, und daß man die Einfuhr bestimmter deutscher Industrieerzeugnisse vom französischen Markt fernhalten sucht. Aber die Fehler, die auf der anderen Seite begangen werden, dürfen uns nicht blind machen für den Schaden, den ein kleiner Interessentenkreis in Deutschland an der deutschen Wirtschaft und damit am deutschen Volke anzurichten im Begriffe ist.

Um der deutschen verarbeitenden Industrie die vom Deutschen Rohstoffverband verlangte Erhöhung des Eisenzolles von 10 auf 15 M. Schmachhaft zu machen, wollen die Schwerindustriellen ihren Ausfuhrern, soweit sie für den Export arbeiten, besondere Ausfuhrprämien zuführen. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung seiner Werke hat Herr Peter Rißner behauptet, daß über derartige Vereinbarungen mit der Fertigungsindustrie bereits verhandelt werde, und daß sie zu einem günstigen Ergebnis führen dürften. In Wirklichkeit ist es dazu noch nicht gekommen. Es hat sich schon vor dem Kriege gezeigt, daß das System der Ausfuhrprämien den Schaden nicht entfernt wiedergutmachen kann, den die weiterverarbeitende Industrie durch hohe Eisenzölle erleidet; außerdem entsteht die Gefahr, daß die anderen Industrieländer die Ausfuhrprämien zum Vorwand nehmen würden, um Dumpingmaßnahmen gegen Deutschland zu verhängen. Die Verquickung der geforderten 50prozentigen Zoll-erhöhung auf Rohstoffe mit der Einführung von Ausfuhrprämien will der Deutsche Rohstoffverband, also eine kleine Gruppe von Schwerindustriellen, nur benutzen, um sich die Alleinherrschaft auf dem deutschen Markt zu sichern. Um noch ihrem Guldünken die Presse im Inlande diktieren zu können, verlangen die Schwerindustriellen noch dazu, daß der gesamte Abfall des auf Grund des fünfjährigen Handelsvertrages eingeführten Rohesens lediglich durch ihre Hand gehen solle. Zu der einen Gefahr, daß dadurch die Schwerindustrie auf dem inneren Markt eine geradezu diktatorische Stellung erlangen würde, gefüllt sich noch die andere, daß die Schaffung von Hochschulzöllen in Deutschland jene Kreise in England stärken müßte, die die Beseitigung des Freihandelsystems anstreben.

Die deutsche Regierung hat sich gegen den von französischer Seite erhobenen Vorwurf gewandt, daß auf ihr Konto die Verschleppung der Verhandlungen zu setzen sei, und daß sie den vertragslosen Zustand als Druckmittel in der Frage der Räumung der Kölner Zone benutzen wolle. Die deutsche Regierung steht dieser Vermutung von Politik und Geschäft fern. Die Tatsache aber ist nicht zu bestreiten, daß die schwerindustriellen Kreise auf den Abbruch der Verhandlungen hindrängen. So schrieb die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in ihrer Ausgabe vom 7. Januar:

„Nach Lage der Dinge ist also damit zu rechnen, daß nach dem 10. Januar der Zollkrieg zwischen Deutschland und Frankreich da ist. Die deutsche Industrie kann der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegensehen. Frankreich hat ein bedeutend größeres Interesse an dem Zustandekommen eines Handelsvertrages als Deutschland. Es bleibt darauf angewiesen, für die ihm zugewiesene lothringische Industrie Abfall zu schaffen. Das natürliche Abfallgebiet für die dortige Mehrerzeugung ist Deutschland. . . Die französische Industrie mag nun zusehen, wie sie in Zukunft ihre überschüssige Produktion an Erzen, Rohstoffen, Halbzeug und anderen Fabrikaten unterbringt. Die deutsche Industrie ist auf diese Einfuhr durchaus nicht angewiesen. Die Gefahr, daß nach dem 10. Januar am deutschen Eisenmarkt eine Knappheit, vor allen Dingen an Halbzeug eintreten könnte, ist nicht sehr groß.“

Wenn die Schwerindustriellen von der deutschen Industrie sprechen, so meinen sie damit sich selbst. Nur sie und vielleicht noch die Weinbauinteressenten und die Textilindu-





